

Ergebnisprotokoll

der **29.** Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (**Sonder-Videokonferenz;10:00 Uhr**)

(IX. Wahlperiode)

am 7. Mai 2021

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 10:45 Uhr

Teilnehmende: Herr Herbert, Vorsitzender des HPA

Herr Arnold
Herr Buschmann
Herr Fey
Herr Gerfelder i.V.
Herr Gerhards
Herr Göllner

Herr Kasseckert
Herr Kaus
Herr Kötter
Herr Kraft i.V.
Frau Krings
Herr Kummer

Frau Möricke
Herr Dr. Naas
Herr Röttger i.V.
Herr Salz
Herr Urhahn i.V.
Frau Weyrauch

Fraktionsvorsitzende:

Herr Kaufmann
Herr Wissenbach

Herr Schindler

Mitglieder des Präsidiums:

Herr Kündiger

Herr Baron

Fraktionsgeschäftsführer:

Herr Vogt

Herr Dr. Dr. Rahn

Obere Landesplanungsbehörde:

Frau Lindscheid
Frau Güss
Herr Langsdorf

Herr Dr. Beck
Herr Hennig

Gäste:

Herr Oberbürgermeister Mende (LH Wiesbaden)
Herr Huber-Braun (LH Wiesbaden)
Herr Brandis (LH Wiesbaden)
Frau Borniger (LH Wiesbaden)
Herr Dr. Schmitz (Kanzlei Noerr)

Schriftführerin:

Frau Ewen

Tagesordnung:

1. Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld

Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)

Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 (liegt bereits vor)

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Regierungspräsidenten Lindscheid, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde, die Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie die anwesenden Gäste zur Sondersitzung des HPA per Videokonferenz. Zum TOP gehöre auch der zwischenzeitlich eingegangene gemeinsame Änderungsantrag von CDU und SPD - **Drs. Nr. IX / 141.3** - Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 06.05.2021. **Herr Herbert** bat um eine zügige Klärung der noch offenen Fragen.

Des Weiteren bat **Herr Herbert** die Mitglieder der Ausschüsse, die sich für befangen erklären, die Sitzung zu verlassen. Eine Befangenheit wurde seitens der Mitglieder nicht angezeigt.

Zu TOP 1: Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld
Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)
Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 (liegt bereits vor)
Drs. Nr. IX / 141.3 - Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 06.05.2021

Herr Herbert übergab das Wort an **Herrn Gerfelder (SPD)** mit der Bitte auf die Stellungnahme des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) vom 05.05.2021 einzugehen und den Änderungsantrag Drs. Nr. IX / 141.3 vom 06.05.2021 zu erläutern. **Herr Gerfelder (SPD)** führte aus, dass Herr Staatsminister Al-Wazir sich klar geäußert habe, dass eine Zielabweichung rechtlich zulässig sei und demnach wenig Interpretationsspielraum bleibe. Der überarbeitete Änderungsantrag der Fraktionen SPD und CDU (Drs. Nr. IX / 141.3) gehe auf die kritischen Punkte des Projekts ein. Mit der rechtlichen Klarheit durch diese Stellungnahme und den Maßgaben im Änderungsantrag, stehe einer positiven Entscheidung nichts mehr im Wege.

Herr Herbert bat **Herrn Oberbürgermeister Mende (LH Wiesbaden)** sich zu dem Änderungsantrag Drs. Nr. IX / 141.3 zu äußern. Dieser bestätigte, dass die aufgeführten Maßgaben von der Landeshauptstadt Wiesbaden vollumfänglich sichergestellt werden würden.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) führte aus, dass seine Fraktion weiterhin nicht die Rechtsauffassung teile, dass ein Zielabweichungsverfahren möglich sei. Die Auffassung des HMWEVW werde zur Kenntnis genommen aber nicht geteilt. Die Vielfalt der ungelösten

Probleme sei seiner Ansicht nach in einem Abweichungsverfahren nicht zu lösen. Bezüglich des Änderungsantrags Drs. Nr. IX / 141.3 erklärte **Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)**, dass seine Fraktion sich enthalten werde.

Herr Röttger (CDU) führte aus, dass er kein Verständnis für die Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN bezüglich des Änderungsantrages habe, da alle kritischen Punkte abgehandelt worden seien. Weiterhin verdeutlichte er, dass mit der Entscheidung für ein Zielabweichungsverfahren kein Rechtsbruch begangen werde. Zuletzt fragte er, was auf Seite 3, Absatz 2 der Stellungnahme des HMWEVW mit dem Satz „Zu einem späteren Zeitpunkt ist hierzu ein eigenes Verfahren durchzuführen.“ gemeint sei. **Herr Dr. Beck** antwortete, er gehe davon aus, dass damit die Genehmigung des Flächennutzungsplans gemeint sei sowie das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen.

Herr Baron (FDP) fragte die Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden, ob die Thematik der Schienenanbindung im Nahverkehrsplan bzw. im Regionalen Nahverkehrsplan bereits berücksichtigt wurde, bzw. ob eine Berücksichtigung bei Fortschreibungen beabsichtigt sei.

Herr Huber-Braun (LH Wiesbaden) führte aus, dass der Beschluss gefasst wurde den Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden neu aufzustellen. Im Zuge dessen sollen auch der Nahverkehrsplan und der Regionale Nahverkehrsplan aktualisiert bzw. neu aufgestellt werden.

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) und **Herr Dr. Naas (FDP)** stellten die Frage, wie die Umsetzung des Punktes 2 des Änderungsantrags Drs. Nr. IX / 143.1 sichergestellt werden könne und welche Sanktionsmöglichkeiten es gebe. **Herr Dr. Beck** antwortete, dass Sanktionsmöglichkeiten in der Form bestünden, dass die von der RVS beschlossenen Maßgaben bei der Genehmigung des Flächennutzungsplans zu beachten seien. Zudem könne die RVS bei der Neuaufstellung des Regionalplans festlegen, ob ein Vorranggebiet Siedlung in dem betroffenen Bereich dargestellt werde.

Herr Dr. Beck beantwortete noch zwei Fragen aus vorherigen Ausschusssitzungen. Zu der Frage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)**, ob es möglich sei, dass die Ausgleichsfläche für den Regionalen Grünzug ein bestehendes Vorranggebiet Forstwirtschaft überlagere, bestätigte **Herr Dr. Beck**, dass dies möglich sei. Bezüglich der Frage der AfD-Fraktion, ob die Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch durch die Entwicklung des Ostfelds behindert werden würde, antwortete **Herr Dr. Beck**, dass es bereits ein Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung gebe und es nicht bekannt sei, dass dazu Flächen vorgesehen sind, die für das Ostfeld in Anspruch genommen werden sollen.

Herr Herbert schloss die Sitzung um 10:45 Uhr.



Gerhard Herbert

Vorsitzender des HPA

gez. Ewen

Charlotte Ewen